

aller Lebensbedürfnisse d. h. bei gleichem Einkommen im Zwang zu entsprechender Konsumeinschränkung. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Teil des Einkommens heute schon Staat und öffentliche Körperschaften in Anspruch nehmen. Von dem Reineinkommen einer Mittelstandsfamilie fließen heute an direkten und indirekten Abgaben (Hauszinssteuer, Einkommensteuer, indirekte Steuern) etwa 20 bis 25 % dem Fiskus zu. Denken wir uns diese Lasten dreifacht, so sind sie nur zu tragen durch Erhöhung des Einkommens im gleichen Verhältnis, um nur die gleiche Lebenshaltung bewahren zu können, oder durch eine Verbrauchseinschränkung, die bei solchem Umfang — wo sie überhaupt noch möglich ist — auch schon das Notwendigste und nicht bloß Ersparnis oder Luxusausgaben berührt. Ein Überwälzungsprozeß aber, der unter solchem Antrieb steht, läßt die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse nicht in den Grenzen der Abgabenerhöhung. Er treibt sie — der Krieg hat diese Erfahrung tausendfach bestätigt — bei aller Verbrauchseinschränkung weit darüber hinaus. Und geht dieser Umwälzungsprozeß ungefähr von einem Preisniveau aus, das ein mehr als zweijähriger Krieg geschaffen hat, dann stehen wir vor einer Revolutionierung aller Preis- und Verbrauchsverhältnisse, von der sich heute noch die wenigsten eine schwache Vorstellung zu machen vermögen.

Die allgemein volkswirtschaftliche Betrachtung ergibt weiters: Vom Ertrag der volkswirtschaftlichen Produktion ist bisher ein bestimmter Teil öffentlichen Zwecken zugeflossen. Wenn wir den bekannten Schätzungen unserer Jahresproduktion nur einen illustrativen Wert beimessen, so hätte einschließlich der staatlichen Unternehmungen und Monopole rund die Hälfte der jährlichen Produktion unserer Volkswirtschaft bisher ihren Weg durch die Kassen des Staates genommen. Österreich und Ungarn